

Bern, 29. November 2016 Von Regula Fahrländer

Bis wir sie finden!

60'630 KolumbianerInnen sind in den letzten 45 Jahren gewaltsam zum Verschwinden gebracht worden. Mindestens. Das sind doppelt so viele Menschen wie in den Diktaturen von Argentinien, Chile und Uruguay zusammen. Es sind drei Menschen täglich, die nicht nach Hause zurückgekehrt sind. Und es führt zu Tausenden von Familien, die jeden Morgen mit dem Bewusstsein erwachen, dass ein geliebtes Familienmitglied fehlt und sie nicht wissen, was mit ihm geschehen ist.

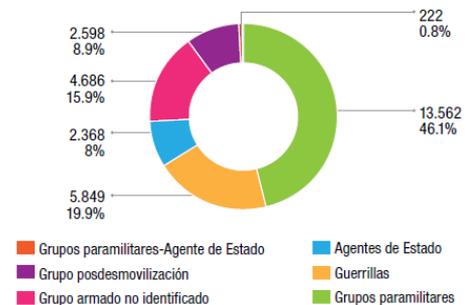
Das Nationale Zentrum zur historischen Aufarbeitung (*Centro de Memoria histórica*) hat am 22. November die bis anhin kompletteste Studie zum erzwungenen Verschwindenlassen in Kolumbien präsentiert. Der Bericht mit dem Namen „Bis wir sie finden“ (*„Hasta encontrarlos“*)¹ zeigt auf, dass das erzwungene Verschwindenlassen in Kolumbien in den letzten 45 Jahren ein Ausmass erreicht hat, das weltweit unvergleichbar ist². In der Militärdiktatur von Uruguay sprechen offizielle Zahlen von 300 Verschwundenen, in jener von Chile hat eine Wahrheitskommission die Zahl auf 3'000 festgelegt und in Argentinien wurden 10'000 Fälle dokumentiert, Menschenrechtsorganisationen gehen aber von insgesamt 30'000 aus. Im demokratischen Kolumbien, welches weder einen Putsch noch eine Militärdiktatur erlebt hat, belaufen sich die Zahlen auf das Doppelte der drei Länder zusammen. Nicht einmal die KolumbianerInnen sind sich dessen bewusst.

Das Phänomen des erzwungenen Verschwindenlassens

Erstmals systematisch angewandt wurde gewaltsames Verschwindenlassen im Nazideutschland. Hitler hatte 1941 mit dem Nacht-und-Nebel-Erlass das „Verschwindenlassen des Feindes und das Verschweigen seines Aufenthaltsortes“ zu einer legalen Staatsmassnahme erklärt. Während des Kalten Krieges wurde die Praktik in den USA in der Doktrin der Nationalen Sicherheit aufgenommen und nach Lateinamerika gebracht. Seit des Inkrafttretens des Rom-Statuts 2002 gilt das erzwungene Verschwindenlassen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In Kolumbien trat das Phänomen erstmals 1970 auf. Mit der Politik der Nationalen Sicherheit von Präsident Julio César Turbay erhielten staatliche Streitkräfte mehr Autonomie in der Bekämpfung des internen Feindes. Damit wurde die Modalität systematisch im ganzen Land eingeführt. Das Verschwinden der linken Aktivistin Omaira Montoya 1977 in Baranquilla wurde zum ersten Fall, der offiziell angezeigt wurde. Darauf folgte eine Welle von Fällen, die bis heute nicht abriess. Bis 1981 war das erzwungene

Gráfico 2. Distribución de víctimas de desaparición forzada en el marco del conflicto armado según presunto perpetrador. Colombia 1970-2015



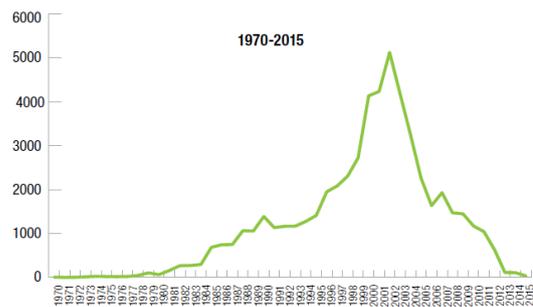
Fuente: Centro Nacional de Memoria Histórica, Observatorio de Memoria y Conflicto. Fecha de corte: 15/09/2016

¹ Centro Nacional de Memoria histórica, 22.11.2016, *Hasta encontrarlos. El drama de la desaparición forzada en Colombia*, <http://centrodememoriahistorica.gov.co/micrositios/hasta-encontrarlos/>

² Semana, 19.11.2016, *Informe Especial: 60.630 desaparecidos*, <http://www.semana.com/nacion/articulo/desaparicion-forzada-en-colombia-investigacion-completa/505880>

Verschwindenlassen in Kolumbien, genau wie in den südlichen Ländern Lateinamerikas, eine Strategie des Staates gegen die linke Subversion. Anders als in ebendiesen Ländern wurde daraus aber bald eine Kriegsstrategie, die von allen Kriegsakteuren angewandt wurde, inklusive der Guerillas. Ziel dabei war nicht nur, den Feind aus dem Weg zu schaffen, sondern auch Angst und Terror zu verbreiten, territoriale Kontrolle zu erlangen, Kriegsverbrechen zu vertuschen, Zeugen zum Schweigen zu bringen und Untersuchungen zu behindern. Ab 1981 wandten vor allem die Paramilitärs das gewaltsame Verschwindenlassen systematisch und flächendeckend an. Die Zeit zwischen ihrer Konsolidierung 1997 und ihrer Demobilisierung 2005 ist entsprechend jener mit den meisten Opfern, alle 2,5 Stunden verschwand eine Person. Danach sind die Zahlen rückläufig, aber abreißen tun sie nicht. Tausenden von Fällen von „*Falsos Positivos*“ kommen hinzu, auch Hannier Hurtado, Student an der Universität Valle und Aktivist in der *Marcha Patriótica*. Er wurde am 30. Oktober 2016³ zum Verschwinden gebracht.

Gráfico 1. Tendencia de la desaparición forzada en Colombia



Fuente: Centro Nacional de Memoria Histórica, Observatorio de Memoria y Conflicto.
Fecha de corte: 15/09/2016

Ein junger Kolumbianer nach dem anderen

Das gewaltsame Verschwindenlassen in Kolumbien geschieht leise. Ganz nach dem Motto: Einer ist keiner und niemand wird es merken. Bis es Zehntausende von jungen Männern sind. Denn 97% der Opfer sind maskulin und zwischen 18 und 35 Jahren alt. Es sind Bauern, Tagelohnarbeiter, Arbeiter, Gewerkschaftsführer, Studenten, Politiker, Menschenrechtsverteidiger und Untersuchungsrichter. Ihre sterblichen Überreste machen Kolumbien zu einem Massengrab. Sie werden in Hotels, Schulen, Haciendas, Bauernhöfen, Häusern, Parks, Kirchen, Flüssen und Seen vermutet. Von 86% (52'508) von ihnen fehlt bis heute jede Spur. Von 6% (3.658) gibt es Informationen zu ihrem Verbleib, ihre menschlichen Überreste wurden aber noch nicht lokalisiert. Einzig 6% (3.480) wurden tot und 2% (984) lebend gefunden.

Das Ausmass dieses Verbrechens zeigt laut Gonzalo Sánchez, Direktor des *Centro de Memoria Histórica*, die Folgen des jahrzehntelangen Bürgerkrieges in Kolumbien auf. Die KolumbianerInnen hätten sich daran gewöhnt, in inhumanen Bedingungen zu leben. So eben auch mit der Ungewissheit über den Verbleib geliebter Menschen und dem Schweigen rund um die Ereignisse. Denn das fehlende Bewusstsein der kolumbianischen Gesellschaft über dieses Phänomen hat die Opfer ein zweites Mal zum Verschwinden gebracht und ihre Angehörigen alleine gelassen. Weiter verschärft wurde deren Situation durch den Mangel an staatlichen Massnahmen. Dies hat den TäterInnen in die Hände gespielt, indem die Opfer dadurch tatsächlich langfristig verschwunden blieben. Und es führt dazu, dass die Dunkelziffern weit höher vermutet werden.

Es waren schlussendlich die Betroffenen selber, die für ihre Rechte eintreten mussten. Erzwungenes Verschwindenlassen ist im kolumbianischen Strafgesetzbuch erst seit 2000 als Straftat aufgeführt. Den Opfervereinigungen ist es zu verdanken, dass es heute dieses Gesetz und umfangreiche Dokumentationen gibt. Dafür haben sie die Gleichgültigkeit der MitbürgerInnen, die Ablehnung des Staates und in vielen Fällen Bedrohungen ertragen müssen. Es sind nicht wenige Fälle, in denen die Suche nach Vermissten zu erneutem Verschwindenlassen geführt hat. Ein grosser Verdienst der Angehörigen ist ferner die auf Kuba ausgehandelte Sonderbehörde zur Suche der Vermissten. FARC und Regierung verpflichten sich dabei zur Mitarbeit. Dadurch könnte die Suche nach den Vermissten endlich mehr Aufmerksamkeit erlangen. Sie muss unbedingt zu einer Priorität in der Zeit nach den Verhandlungen werden. Ist dies nicht der Fall, muss beim Ausmass dieses Verbrechens die Ernsthaftigkeit der ganzen Vergangenheitsarbeit des kolumbianischen Bürgerkrieges hinterfragt werden.

³ Colombia Plural, *De Omaira a Hannier, todos los desaparecidos tienen nombre*, <https://colombiaplural.com/omaira-hannier-todos-los-desaparecidos-tienen-nombre/>